
VOZ clasista

Gewerkschaftliche Nachrichten aus Venezuela

Impressum:
Komitee "Solidarität mit den Clasistas in Venezuela"
Stiftgasse 8 | 1070 Wien

Ausgabe: 1
Preis: 0,50 Euro

September 2007

Der Kampf um Sanitarios Maracay

Seit Monaten stellt der Betriebskonflikt bei Sanitarios Maracay eine der bedeutendsten betrieblichen Auseinandersetzungen Venezuelas dar, die großen Teilen der venezolanischen ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung als wichtiger Bezugspunkt galt. Heute droht der wichtigsten Erfahrung von ArbeiterInnenselbstverwaltung seit den Aussperrungen vom Dezember 2002 / Januar 2003 ein Ende.



Unmittelbar nach den Ereignissen um die Jahreswende 2002/2003 brach bei Sanitarios Maracay, einer Sanitärkeramikfabrik mit rund 800 ArbeiterInnen in Maracay, der Hauptstadt des Bundesstaates Aragua, ein Betriebskonflikt vom Zaun, der bis heute andauert. Nachdem eine neue kämpferische Betriebsgewerkschaft immer mehr Rückhalt unter der Belegschaft gewann (und schließlich auch die alte bürokratisierte Betriebsgewerkschaft ersetzte), waren die Fabrikseigentümer bestrebt diese wenn notwendig mit allen Mitteln zu zerschlagen.

Nachdem weder Schlägerbanden noch Bestechungsversuche den Aufstieg der neuen Betriebsgewerkschaft bremsen konnten, begann sich der Konflikt im Frühjahr 2006 zu verschärfen. Das Unternehmen war zur zunehmenden Sabotage der Produktion übergegangen und Anfang April wurde die Fabrik schließlich von den Eigentümern, dem Management, den Vorarbeitern und den Büroangestellten verlassen. Die Belegschaft besetzte daraufhin die Fabrik für 42 Tage. Bereits während dieser Fabriksbesetzung wurden die Rufe nach Verstaatlichung unter ArbeiterInnenkontrolle immer lauter. Nach der vorübergehenden Wiederaufnahme der Produktion erklärten die Eigentümer Mitte November 2006, die Fabrik auf unbestimmte Zeit zu schließen. Als Voraussetzungen für eine mögliche

Wiederaufnahme der Produktion forderten sie eine Reihe an Maßnahmen, die u.a. die Zerschlagung der Betriebsgewerkschaft und den Ersatz des betrieblichen Kollektivvertrages durch Einzelverträge als Folge gehabt hätten.

Auch diesmal besetzte ein Großteil der Belegschaft unter Führung der Betriebsgewerkschaft die Fabrik und begann die Produktion in Eigenregie aufzunehmen. Die gesamte Produktionskette wurde nunmehr von einem hierfür gewählten Fabrikskomitee und der Betriebsgewerkschaft kontrolliert, die auf regelmäßigen Belegschaftsversammlungen Rechenschaft ablegen mussten. Nach und nach wurde Sanitarios Maracay zu einem der bedeutendsten Referenzpunkte eines großen Teiles der venezolanischen ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung.

Von Beginn der Besetzung an kämpften die ArbeiterInnen von Sanitarios Maracay energisch für die Verstaatlichung der Fabrik unter Kontrolle der Belegschaft und ihrer Organisationen.

Die entschiedene Ablehnung sämtlicher chavistischer Mitverwaltungs- und Mitbestimmungsmodelle und der vehemente Kampf für die vollständige Verstaatlichung und unter Weiterbestehen der Betriebsgewerkschaft zogen bald den Zorn der venezolanischen Regierung und des Staates nach sich. Mitte April dieses Jahres hinderte der chavistische Gouverneur des Bundesstaates eine Belegschaftsdelegation von Sanitarios Maracay mit einem Gewaltorchester der Polizei und der Nationalgarde an der Teilnahme an einer Demonstration für die Verstaatlichung der Fabrik. Ungefähr zu gleichen Zeit ließ die Regierung durch ihren Arbeitsminister erklären, die Verstaatlichung von Sanitarios Maracay käme für die Regierung nicht in Frage, da es sich "um kein für den Staat strategisches Unternehmen handle". Zwar konnte im Mai ein Regionalstreik in Aragua erwirken, dass sich ein Unterausschuss der Nationalversammlung für die Verstaatlichung aussprach. Jedoch folgten diesem Beschluss keine Taten. Ganz im Gegenteil: Wenige Wochen darauf erteilte die Regierung einen Großauftrag an einen der wichtigsten Konkurrenten von Sanitarios Maracay und machte abermals deutlich, wie "unstrategisch" Sanitarios Maracay ist.

Mitte August schließlich besetzte eine kleine Minderheit der Belegschaft (unter dem Schutz des Arbeitsministeriums) die Fabrik, erklärte Betriebsgewerkschaft und Fabrikskomitee für aufgelöst und beendete so zumindest vorübergehend eine der bedeutendsten Erfahrungen von ArbeiterInnenselbstverwaltung der letzten Jahre in Venezuela.

Komitee Solidarität mit den Clasistas in Venezuela

Wien, am 25. August



Regionalstreik in Aragua

Von der europäischen Linken vollkommen ignoriert, kam es am 22. Mai im venezolanischen Bundesstaat Aragua zu einem der wichtigsten ArbeiterInnenproteste Venezuelas der vergangenen Jahre. Die UNT-Aragua organisierte unter Teilnahme Tausender ArbeiterInnen einen regionalen Streik, der die Industrieproduktion der Region weitgehend lahm legte.

Der Bundesstaat Aragua zählt neben Carabobo zu den bedeutendsten Industrieregionen Venezuelas. Rund 60% aller Betriebe der Klein- und Mittelindustrie des Landes stehen in dieser Region. Aragua ist vor allem ein wichtiges Zentrum der Agrar- und Lebensmittelindustrie sowie der Chemischen und Metallverarbeitenden Industrie. Insbesondere die Städte Maracay (Hauptstadt des Bundestaates), Cagua, La Victoria und Turmero sowie Villa de Cura und Las Tejerías zählen zu den wichtigsten Industriezentren Araguas.

Im Zuge der Wiederbelebung der venezolanischen ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung innerhalb der letzten Jahre gelang es der C-CURA einen bedeutenden Teil der gewerkschaftlich organisierten Industriebetriebe unter ihrer Führung in der UNT-Aragua zu organi-

sieren. Wiederholt kam es in der Vergangenheit zu erbitterten Konflikten der erstarkten kämpferischen Gewerkschaftsbewegung mit UnternehmerInnen, der Regionalregierung und dem Staat. Der Betriebskonflikt bei Sanitarios Maracay gehört heute wohl zu den bekanntesten ArbeiterInnenkämpfen Venezuelas.

Seit verganginem Jahr wird innerhalb der UNT-Aragua über die Organisation eines Regionalstreiks zur Lösung der dringlichsten Konflikte nachgedacht. Nachdem am 24. April Polizei und Nationalgarde in einem Gewaltorchester an Macheten, Tränengas, Schlägen und Gummigeschoßen eine Gruppe von ArbeiterInnen von Sanitarios Maracay überfiel, rund ein Dutzend ArbeiterInnen verletzte und 19 verhaftete, waren die Rufe nach einer entschlossenen Antwort nicht mehr zu überhören.

Bereits in den Solidaritätskundgebungen mit den Verhafteten und der Großdemonstration am 1. Mai wurde die Abhaltung eines Regionalstreiks propagiert. Am 12. Mai stimmte ein Plenum der Gewerkschaftsorganisationen der UNT-Aragua (an dem GewerkschafterInnen aus 60 Betrieben teilnahmen) einstimmig dafür noch im Mai einen Regionalstreik abzuhalten.

Die nächsten Tage standen voll und ganz im Zeichen der Streikvorbereitung. Die UNT-Aragua bereitete die Mobilisierung und den Verlauf der Streikaktion minutiös vor. Hunderte Betriebsversammlungen wurden abgehalten; über 30.000 Flugblätter und Streikaufrufe verteilt. Mit großem Erfolg. In den Worten eines Koordinators der UNT-Aragua war die Antwort überall die gleiche:

"Sagt uns den Tag und die Uhrzeit..."

Am 21. Mai schließlich kam der Aufruf der UNT-Aragua für den kommenden Tag in Verteidigung der Rechte der ArbeiterInnen und der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit, gegen die Repression der Polizei und der Nationalgarde, in Solidarität mit der Belegschaft von Sanitarios Maracay für die entschuldigungslose Verstaatlichung des Betriebes unter Arbeiterkontrolle, für den Entzug der Sendelizenz und die Enteignung von RCTV und den anderen putschistischen Medien, in Solidarität mit den ErdölarbeiterInnen und den Öffentlich Bediensteten und für den sofortigen Rücktritt von Didalco Bolívar (Gouverneur von Aragua und Autor der brutalen Repression vom 24. April) die Arbeit niederzulegen. In den frühen Morgenstunden wurde noch während der 3. Schicht die Arbeit niedergelegt. Die 1. Schicht verstärkte bei ihrer Ankunft die Streikposten vor den Fabrikstoren. Auch einige Vorstadt- und StudentInnenorganisationen folgten dem Aufruf und schlossen sich den Protestmaßnahmen an.

Über 120 Betrieben der Region wurden besetzt und deren Produktion zum Stillstand gebracht, womit nach gewerk-

schaftlichen Angaben 90% aller Betriebe der Region bestreikt wurden. Gleichzeitig beteiligten sich mehr als 3.000 ArbeiterInnen außerhalb der Fabrikstore an Straßenblockaden und Kundgebungen. Insgesamt wurden im gesamten Bundesstaat 19 "Barrikaden" (Straßenblockaden) errichtet, die für den Zeitraum des Protests von mobilen Kommandos mit Trinkwasser und Verpflegung versorgt wurden.

Stundenlang ertönten Rufe wie "Solidarität mit denen von Sanitarios Maracay", "Nein zur Repression", "Weg mit RCTV und den anderen putschistischen Medien" oder "Weg mit Didalco aus der Regionalregierung" durch die Städte Araguas.

Durch die Straßenblockaden kam der Nah- und Transitverkehr im gesamten Bundesstaat de facto vollständig zum Erliegen. Vor allem auf der wichtigsten Verbindung mit dem Westen und dem Osten des Landes - der Autopista Regional del Centro - kam es zu kilometerlangen Staus. Der Aufmarsch von Polizei und Nationalgarde verhinderte allerdings die Blockade der letzten Zufahrtsmöglichkeit nach Maracay.

Nachdem sich VertreterInnen der Zentralregierung und der Regionalregierung zu Verhandlungen bereiterklärten, wurden die Straßenblockaden am späten Vormittag allmählich aufgehoben. Gegen Mittag wurde der Streik mit einer abschließenden Versammlung, an der rund 500 ArbeiterInnen aus verschiedenen Betrieben und Städten der Region teilnahmen, in den Fabrikhallen von Sanitarios Maracay beendet.

Die C-CURA hatte den Regionalstreik in Aragua nicht nur organisiert, sie war auch die einzige Kraft der venezolanischen Gewerkschaftsbewegung, die den Streik in Aragua unterstützte. Marcela Máspero, nationale Koordinatorin der UNT und Parlamentsabgeordnete, verurteilte den Regionalstreik in Aragua aufs Schärfste: "Wir lehnen diese Methode eines Teils der UNT kategorisch ab. Sie verwenden Mittel, die nicht korrekt sind, die nicht demokratisch sind und diesel-

ben Mittel sind, die die Unternehmen und die Oligarchie verwendet haben, um Sabotage in diesem Land zu betreiben." Laut Máspero hätte man nach anderen "Wegen zur Lösung" suchen müssen.

Gleichzeitig wetterten chavistische PolitikerInnen (wie der Parlamentsabgeordnete Ismael García) und Staatsfunktionäre gegen den "politischen Streik" in Aragua. Yunis Ramírez, hoher Funktionär der Regionalregierung, bezeichnete den Streik als "politische Manipulation", "Sabotage der Wirtschaft" und "ein von Orlando Chirino kommandiertes Manöver, der mit seiner gewerkschaftlichen Engstirnigkeit und seiner radikalen Politik Aragua zu einem Friedhof für Betriebe gemacht hat".

Der vermeintlichen "Demokratisierung der Medienlandschaft" (ein Schlagwort der venezolanischen Regierung nach der Entscheidung die Sendelizenz für RCTV nicht mehr zu verlängern) zum Trotz, war die Berichterstattung über den Streik in Aragua in den staatlichen Medien alles andere als umfassend.

Wenn auch die chavistischen Medien versuchten den Regionalstreik weitgehend tot zu schweigen, so sah sich wenige Tage nach dem Regionalstreik ein Unterausschuss der Nationalversammlung doch gezwungen Hugo Chávez die Verstaatlichung von Sanitarios Maracay zu empfehlen. Sollte Sanitarios Maracay tatsächlich verstaatlicht werden, so wird dieser Schritt bereits den nächsten Konflikt in sich bergen, da sich die Belegschaft des Betriebes wiederholt gegen die Mitverwaltungs- und Mitbestimmungsmodelle der chavistischen Regierung ausgesprochen hat und vehement die Verstaatlichung unter ArbeiterInnenkontrolle fordert.

Lukas Neißl

Wien, am 10. Juni 2007

Gewerkschaftliche Kämpfe für einen Rahmenkollektivvertrag

der Öffentlich Bediensteten in Venezuela

Der Kampf um einen neuen Rahmenkollektivvertrag für rund 1,5 Millionen Öffentlich Bedienstete in Venezuela spielt seit Monaten eine zentrale Rolle für breite Teile der venezolanischen Gewerkschaftsbewegung. Wiederholt versuchte die venezolanische Regierung die Verhandlungen zu sabotieren. Seit vergangener Woche haben diese gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen einen neuen Höhepunkt erreicht.

Anfang August reichte der (für zahlreiche Korruptionsaffären berüchtigte) Vorsitzende der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes (FENTRASEP), Franklin Rondón, einen Vorschlag für einen Rahmenkollektivvertrag bei den zuständigen Stellen des venezolanischen Arbeitsministeriums ein. Nachdem sich herausstellte, dass der von Rondón eingereichte Vorschlag nicht den innerhalb von FENTRASEP diskutiertem Vorschlag entsprach, kam innerhalb der Basisgewerkschaften des Öffentlichen Dienstes eine Protestwelle ins Rollen.

Zahlreiche Basisgewerkschaften und die Vertreter der C-CURA in den Vorstandsgremien von FENTRASEP versuchten einen Alternativvorschlag einzureichen.

Für den 15. August wurde ein Termin mit dem Arbeitsministerium vereinbart. Eine Gewerkschaftsdelegation machte sich auf den Weg ins Arbeitsministerium und begann in einem Sitzungszimmer auf die Ankunft der zuständigen Arbeitsinspektorin zu warten, welche jedoch auf Weisung des venezolanischen Arbeitsministers José Ramón Rivero nie erschien.

Seit 15. August hält die Gewerkschaftsdelegation das Sitzungszimmer im Arbeitsministerium besetzt und fordert die Annahme ihres Vorschlages durch das Arbeitsministerium. Mittlerweile halten noch 17 Gewerkschafter (unter ihnen Rubén Linares, Nationaler Koordinator der UNT) die Besetzung aufrecht. Das Sicherheitspersonal des Arbeitsministeriums verhindert den Zutritt ins Ministerium und hat untersagt, dass die Gewerkschafter mit Essen, Trinken und Medikamenten versorgt werden. (Am 18. August gelang es Angehöriger allerdings die Gewerkschafter mit Essen und Trinken zu versorgen.)

Mittlerweile wurden Zäune rund um das Arbeitsministerium errichtet und Spezialeinheiten der Polizei positionierten sich in unmittelbarer Nähe des Ministeriums.

Zahlreiche GewerkschafterInnen protestieren bereits seit Tagen in Solidarität vor dem Eingang des Gebäudes. Rund 150 GewerkschafterInnen der UNT-Carabobo besetzten heute (21. August) in den frühen Morgenstunden den Sitz des Arbeitsministeriums in Valencia in Solidarität mit den Besetzter in Caracas. Für heute Mittag ruft die C-CURA zu einer Großkundgebung vor dem Arbeitsministerium in Caracas auf. Das Arbeitsministerium weigert sich nach wie vor den Alternativvorschlag der C-CURA entgegenzunehmen.

Seit geraumer Zeit versucht die venezolanische Regierung - insbesondere der Arbeitsminister José Ramón Rivero - den bedeutenden Einfluss der C-CURA in den Reihen der venezolanischen ArbeiterInnenbewegung zu brechen. Wie im Öffentlichen Dienst verfügt die C-CURA

auch in den Basisgewerkschaften der Erdölindustrie über großen Rückhalt. Und auch in der Erdölindustrie wird momentan über einen neuen Rahmenkollektivvertrag verhandelt, wobei auch hier mit allen Mitteln versucht wird, die Basisgewerkschaften und die C-CURA von den Verhandlungen auszuschließen. Der Ausgang der Auseinandersetzung rund um den Rahmenkollektivvertrag für den Öffentlichen Dienst wird also auch weit reichende Auswirkungen auf die gesamte venezolanische Gewerkschaftsbewegung haben.

Komitee Solidarität mit den Clasistas in Venezuela

Wien, am 21. August

Nach Redaktionsschluss:

Mittlerweile wurde die Besetzung von einer rund 80 Personen umfassenden Schlägerbande (unter der wohlwollenden Aufsicht der Nationalgarde und der Polizei) gebrochen.

P.S.: Kurzer Ausflug in die Realität der venezolanischen Verfassung, die von dem Großteil der europäischen Linken "als demokratischste Verfassung der Welt" gefeiert wird:

Artikel 51

Jeder hat das Recht, an jede staatliche Stelle, an jeden Staatsbediensteten oder jede Staatsbedienstete entsprechend ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich Anträge und Eingaben zu richten oder vorzubringen und eine sachgerechte und angemessene Antwort zu erhalten. Wer dieses Recht verletzt, wird dem Gesetz entsprechend bestraft und kann seines jeweiligen Amtes entoben werden.

Kontakt

Komitee

"Solidarität mit den Clasistas"

soli.clasistas@gmx.net

www.labournetaustria.at/venezuela.htm